

Ewige Zwischenlager

Castoren und Atomfässer noch mehr als 100 Jahre in Brunsbüttel

Kiel (ky) Der Umweltverband BUND hat vor wachsenden Gefahren durch die Lagerung von Atommüll gewarnt. Weil die Zwischenlager an den Kernkraftwerken, in denen abgebrannte Brennstäbe bisher aufbewahrt werden, voraussichtlich zwei- bis dreimal so lange in Betrieb bleiben müssen wie geplant, droht dort neue Sicherheitsrisiken, sagte gestern BUND-Chef Hubert Weiger in Berlin. „Wir müssen daher diskutieren, ob verbesserte Neubauten die alten Lager ersetzen müssen.“ Eigentlich will die Bundesregierung den hoch radioaktiven Atommüll aus den Reaktoren ab 2050 in ein bis dahin zu bauendes unterirdisches Endlager bringen lassen. Doch selbst Experten der eigens eingesetzten Endlagerkommission zweifeln an dem Zeitplan. So geht man in der Atomaufsichtsbehörde des grünen Kieler Umweltministers Robert Habeck davon aus, dass Brennstäbe aus den zwölf oberirdischen deutschen Standort-Zwischenlagern erst zwischen 2080 und 2130 in ein neues Endlager kommen können, also erst in 60 bis 110 Jahren. So lange müssten sie in den Zwischenlagern bleiben. Die allerdings sind nur für 40 Jahre ausgelegt und genehmigt: Krümmel in Schleswig-Holstein etwa bis 2046, Brokdorf bis 2047. Brunsbüttel hat sogar gar keine Betriebserlaubnis mehr, weil das Oberverwaltungsgericht Schleswig es nicht für nachgewiesen hält, dass das Zwischenlager ausreichend vor Terrorangriffen geschützt ist. Trotzdem hat Habeck eine Ausnahmegenehmigung erteilt, die allerdings im Januar ausläuft. Bis dahin hofft Betreiber Vattenfall auf eine neue Genehmigung. Ab 2019 wird dann der Staat für alle Zwischenlager zuständig sein. Im Gegenzug haben die AKW-Betreiber 24 Milliarden Euro in einen staatlichen Fonds gezahlt. Die Naturschützer vom BUND sehen nicht nur in Brunsbüttel, sondern in allen Zwischenlagern große Sicherheitsprobleme. „Wir haben Defizite beim Terrorschutz und beim Schutz vor Flugzeugabstürzen“, sagte Verbandschef Weiger. Zudem befürchtet er wegen der viel längeren Betriebsdauer der Lager weitere Sicherheitsrisiken wegen möglicher Materialermüdung an den Castor-Behältern mit den Brennstäben. Daher müssten neue Inspektions- und Reparaturmöglichkeiten in den Zwischenlagern her. Unter anderem sei für Sicherheitsprüfungen eine „heiße Zelle“ nötig. Das ist ein sehr stark abgeschirmter Raum, den es bisher nur in den Meilern selbst gibt, die aber bald abgerissen werden. Weil ein Nachrüsten aller Zwischenlager teuer würde, regt der BUND an, die alten Zwischenlager durch einige wenige neue zu ersetzen. Dafür plädiert auch Minister Habeck: „Es ist sinnvoll, die Zahl der Standort-Zwischenlager mittelfristig deutlich zu verringern.“ Dann hätte man nicht nur Lager, „die sicherheitstechnisch stets auf dem neuesten Stand wären“, sondern würde auch sicherstellen, „dass Atomstandorte in Deutschland deutlich schneller zu grünen Wiesen werden können.“ Brunsbüttels parteiloser Bürgermeister Stefan Mohrdieck plädiert sogar dafür, ein einziges „zentrales Eingangslager“ in der Nähe des künftigen Endlagers zu bauen - und den Atommüll zunächst dort unterzubringen. Für die Gemeinden, die Atommüll Zwischenlagern, fordert Mohrdieck Entschädigungen.



Stahlblechfässer mit radioaktivem Abfall lagern im Feststofflager des Kernkraftwerks Brunsbüttel.

Foto: Vattenfall